

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1877

25.4.1877 (No. 97)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 25. April.

No. 97.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einkundungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelber frei.

1877.

Bestellungen auf die Karlsruher Zeitung für die Monate Mai und Juni werden bei der Expedition sowohl wie bei sämtlichen Postanstalten angenommen.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 20. April d. J. gnädigt geruht:
den Architekten Alfred Waag von Sinsheim unter Verleihung der Staatsdiener-Eigenschaft zum Direktor der Kunstgewerbe-Schule zu Pforzheim und
den Lehramts-Praktikanten Dr. Heinrich Schäfer am Gymnasium in Karlsruhe zum Professor an der höheren Bürgerschule in Heidelberg zu ernennen;
den Professor Karl Johann Geiger am Realgymnasium in Billingen in gleicher Eigenschaft an die höhere Bürgerschule in Konstanz zu versetzen;
den Bezirksarzt Medizinalrath Woppey in Pforzheim auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen vorgerückten Alters und leidender Gesundheit unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste in den Ruhestand zu versetzen und die dadurch in Erledigung kommende Bezirksarzt-Stelle in Pforzheim dem bisherigen Bezirks-Arztassistenzarzt daselbst, Bezirksarzt Dr. Arnsperger, zu übertragen;
den Bezirksarzt Medizinalrath Dr. Lederle in Stausen auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen vorgerückten Alters und leidender Gesundheit unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste in den Ruhestand zu versetzen;
den Polizey-Inspektor Karl Reichard dahier auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen vorgerückten Alters unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste in den Ruhestand zu versetzen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† Berlin, 23. Apr. Die „Post“ will erfahren haben, daß Prinz Reuß VII., früher deutscher Botschafter in Petersburg, jetzt zum deutschen Botschafter in Konstantinopel ernannt sei.

† Wien, 23. Apr. Die „Polit. Korresp.“ meldet aus Cattaro von heute: der türkische Kommandant von Albanien Derwisch Pascha ist nach Saloniki abgereist und Ali Saib Pascha hat an seiner Stelle das Kommando übernommen. Die Montenegriner haben ihre Bewegungen begonnen: Vukotic hat Krstac befehligt und von Zubci her 800 Mann Verstärkung unter der Anführung von Vukotovic erhalten. Die Türken machen Vorbereitungen in den Duga-Paß. Die dritte Abtheilung der Montenegriner unter Pero Polasco ist in Banjani eingetroffen. Suleiman Pascha wartet dem Anscheine nach noch auf Zugung von Truppen aus Bosnien, um die Feindseligkeiten zu beginnen.

† London, 24. Apr. Die Regierung theilt mit, der Generalconsul Mansfield in Bukarest melde, eine kleine Abtheilung russischer Truppen sei Montag früh in Bukarest angelangt.

† Bukarest, 23. Apr. Bei den Senatswahlen des ersten Kollegiums erhielt die Regierungspartei die Majorität. Bratiano wurde fünfmal, Cogalniceanu dreimal gewählt. Von Korruptionen der Opposition erschienen Demeter Ghila, Cantuzogiu, Lahovary und die im Anklagezustand sich befindenden Exminister Boerescu und Catargiu als gewählt.

† Konstantinopel, 22. Apr. Die „Agence Havas“ meldet: Die Nacht „Argonaut“ ist heute mit Instruktionen für die russische Botschaft hier eingetroffen. Es wird berichtet, bei der gestrigen Besprechung mit dem Großvezier und dem Minister des Auswärtigen hätte Rahard die Form der Antwort der Pforte auf das Protokoll getabelt. Er gab zu verstehen, daß die Türkei, angesichts der in der letzten Zeit begangenen Fehler, namentlich der Massacres in Bulgarien, von England nicht unterstützt werden könne. Nach dem bekannt gewordenen Resultate der Besprechungen Rahards mit den türkischen Ministern und fremden Geschäftsträgern, namentlich Melidoff, hält man eine friedliche Lösung der obwaltenden Wirren für unmöglich. Die angekündigte Audienz Rahards beim Sultan findet heute nicht statt. Es wird berichtet, daß der Großvezier eine Depesche anlässlich der rumänischen Truppenkonzentration an den Fürsten von Rumänien gerichtet habe, in welcher er denselben auffordert, sich mit der Pforte ins Einvernehmen zu setzen.

† Konstantinopel, 23. Apr. Der russische Geschäftsträger v. Melidoff nebst dem ganzen Personal der russischen Botschaft und des Konsulats werden heute Abend auf der Nacht „Erikrit“ nach Odessa abgehen.

† Konstantinopel, 23. Apr. Abends. Der russische Geschäftsträger Melidoff ist mit dem gesammten Personal soeben abgereist. Melidoff sendete vor der Abreise an Cavset Pascha

eine Note, wonach die russische Botschaft, nachdem die diplomatischen Verhandlungen erfolglos geblieben, abgerufen sei.

† St. Petersburg, 23. Apr. Der Kaiser hat gestern die Truppen des neunten Armee-corps in Jmerinka-Birjula befehligt und dabei an die Offiziere folgende Worte gerichtet: Falls Ihr mit dem Feinde zusammenstoßet, so zeigt Euch brav und haltet den Ruhm eurer Regimenter aufrecht. Ich hoffe, die jungen, noch nicht im Feuer gewesenenen Truppen werden den alten nicht nachstehen und bemüht sein, sich diesen gleichzustellen. Der Kaiser, welcher enthusiastisch begrüßt wurde, übernachtete in Tiraspol, hielt daselbst und in Ungenhi Neune über die Truppen und kehrt heute Nacht nach Kischeneff zurück.

† Jassy, 23. Apr. Aus Kischeneff wird gemeldet: Der Kaiser ist heute früh hier eingetroffen und sofort nach Ungenhi weitergereist, wo er Abends 5 Uhr Truppenrevue hält. Heute Abend 11 Uhr wird er nach Kischeneff zurückkehren. — Von Jassy waren der Präfect, die Gerichtspersonen und die Mitglieder der Geistlichkeit nach Kischeneff aufgebrochen, um dem Kaiser im Namen des Fürsten von Rumänien zu begrüßen. Die Konjulin Frankreichs, Russlands und Deutschlands hatten sich gleichfalls dahin begeben.

Deutschland.

Berlin, 21. Apr. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ berichtet: Die Ausschüsse des Bundesraths für Handel und Verkehr und für Rechnungswesen hielten gestern Mittag eine Sitzung, um über die Vorlage des Reichskanzler-Amtes betreffend den Anlauf des Grundstücks der v. Deder'schen Geh. Ober-Postbuchdruckerei in Verbindung mit der Buchdruckerei selbst und des Grundstücks in der Poststraße zu berathen. Wie verlautet, haben die Ausschüsse den Beschluß gefaßt, dem Plenum des Bundesraths zu empfehlen, dem Anlauf der in Rede stehenden Grundstücke die Zustimmung zu erteilen, jedoch sich vorzubehalten, in Betreff der mit dem Deder'schen Grundstücke verbundenen Buchdruckerei und deren späteren Betrieb seiner Zeit genauere Bestimmungen zu treffen. — Die mit der Herausgabe der „Monumenta Germaniae“ betrauten Gelehrten sind unter dem Vorsitze des Prof. Waih zu einer Berathung zusammengetreten. Prof. v. Giesebrecht, der als Mitglied der Kommission den Berathungen beiwohnte, hat sich veranlaßt gesehen, die jungen Historiker, welche er im vergangenen Jahre zur Mitarbeiterschaft an der Fortsetzung der von Heren und Ufert begonnenen und längere Zeit liegengelassenen „Europäischen Staatengeschichte“ aufgefördert hatte, zu einer Konferenz nach Berlin einzuladen, an welcher auch der Verlagsbuchhändler Perthes aus Gotha Theil nehmen wird. — Das Kaiserl. Statistische Amt hat ein Verzeichniß der Ortlichkeiten des Deutschen Reichs ausgearbeitet, nach welchem jeder deutsche Staatsangehörige sich über seine politische Zugehörigkeit unterrichten kann. Zur weiteren Vorklärung der Arbeit soll in dasselbe auch der Nachweis der Zugehörigkeit der Wohnplätze zu den Standesamts-Bezirken aufgenommen werden.

Berlin, 23. Apr. (Reichstag. 28. Sitzung.) Am Tische des Bundesraths: Präsident Hofmann und Ministerialdirektor Michailis, die Minister Dr. Achenbach und Campanen.

Die Tagesordnung führt zur Fortsetzung der ersten Berathung des Gesetzesentwurfs betr. die Erhebung einer Ausgleichsabgabe, und des Antrags Löwe betr. die Abänderung des Vereins-Gesetzes.

v. Wedell-Malchow spricht sich zunächst gegen eine Kommissionsberathung des Ausgleichs-Gesetzesentwurfs aus und empfiehlt Plenarberathung desselben; freilich könne er nicht wünschen, daß der Entwurf angenommen werde. Man dürfe nicht seine Handelspolitik abhängig machen von den Entschlüssen einer auswärtigen Macht. Auch wolle der Antrag Löwe sowohl wie der Regierungsentwurf nicht einmal der ganzen Eisenindustrie aufhelfen, sondern nur der Großindustrie. Es würde darauf hinauskommen, daß fast das gesamte gewerbliche Publikum, sowie das namentlich die Landwirthschaft eine beträchtliche Steuer zahlen müßten an die Groß-Eisenindustriellen. Redner weist dies im Einzelnen an dem Verhältnis der Eisenkonsumtion der verschiedenen Gewerbe und der Landwirthschaft nach. Wenn der Reichstag diese Vorschläge annehme, werde er nicht mehr eine wahre Volksvertretung sein, sondern eine reine Interessenvertretung. Im Interesse aller Gewerbe und der Landwirthschaft, im Interesse der halbjährigen Beruhigung des Vaterlandes und der Unterdrückung der schmerzlichen Agitation erjuche er demnach um Ablehnung der beiden Vorschläge. (Lebhafte Beifall.)

Windthorst (Meppen): Wir sind der Ansicht, für den Antrag Löwe zu stimmen, und haben den dringenden Wunsch, daß derselbe zunächst zur Abstimmung gelangt, um eventuell für den Antrag der Regierung die Freiheit der Bewegung zu haben. Beide Anträge vertreten das Prinzip, welches ich mit meinen Freunden im Dezember vorigen Jahres schon erreichen wollte, damals aber nicht durchzuführen vermochte. Ich darf daraus vielleicht schließen, daß im Laufe der Zeit bei näherer Erwägung manche unserer Meinungen sich realisiren werden. (Beifall.) Der Redner befragt sodann die Unschärfe in der Handelspolitik der Regierung, welche noch dadurch vermehrt werde, daß offizielle Organe im Sinne der Schutz-Zölle, die Minister in öffentlicher Sitzung im Sinne der Freihandels-Partei sich ausließen.

Zu den Vorlagen selbst übergehend, konstatirt er einen wesentlichen Unterschied zwischen denselben. Die Regierungsvorlage will nichts Anderes als die Beseitigung der titres Paquits, und wenn diese Beseitigung erreicht ist, soll der Zoll wieder aufgehoben werden. Die Regierungsvorlage ist also eine einfache Waffe zur Erzielung eines Vortheils gegenüber dem Auslande. Ich von meinem Standpunkte aus erkläre mich jedoch wegen der freihändlerischen Tendenz des Entwurfs gegen denselben, und ich kann unmöglich die Schwankungen zugeben, welche die Regierung macht; ich muß für die Industrie eine feste Maßregel wünschen, und diese Maßregel liegt in dem Antrag Löwe. Wenn dieser Antrag angenommen wird, so weiß man, woran man ist, und die Industriellen können danach ihre Unternehmungen und Calculs einrichten; sie können darauf für eine längere Zeit bauen und so viel sagt mit mein Verstand, daß es namentlich für den Großbetrieb unmöglich ist, rationell zu wirthschaften, wenn man nicht auf längere Zeit rechnen kann. Auch die Freihändler können ja keinen bessern Beweis finden für die Richtigkeit ihrer Theorie, als wenn der Antrag Löwe angenommen würde und dann keinen Erfolg hätte. Wenn gesagt worden ist, durch den Schutz-Zoll räumte und besteuere man die Landwirthschaft, so erinnere ich daran, daß eine Landwirthschaft ohne Industrie nicht blüht, daß die Landwirthschaft an den Leiden der Industrie Theil nimmt. Was an Zoll von der Landwirthschaft durch die im Antrag Löwe vorgeschlagenen Maßregeln erhoben wird, das wird ihr reichlich durch die Industrie wiedergegeben, da die letztere, wenn sie blüht, an die Landwirthschaft höhere Preise zahlen kann. Nehmen Sie also den Antrag Löwe an; Sie machen dadurch den Versuch, die Industrie zu heben und dadurch die Landwirthschaft zu fördern.

Abg. Damberger gibt dem Minister darin Recht, daß es sich nicht um einen Schutz-Zoll, sondern um eine Repressivmaßregel handle. Auf die vorgestrichene Debatte zurückkommend, scheint es ihm nicht angeht, wie namentlich der Abg. Löwe gethan, in dieser Interferenzfrage die nationalen Gefühle zu reizen. Nachdem aber der Gegenstand nun einmal in solcher Weise behandelt sei und jenseits unserer Grenze besonderes Aufsehen machen werde, sei es nothwendig, daß die diplomatischen Aktenstücke über die Verhandlungen bezüglich dieser Frage vor der zweiten Lesung dem Hause vorgelegt würden. Wenn gesagt worden, die titres seien contra bonos mores, so sei doch zu erwägen, daß wir selbst dergleichen Einrichtungen haben und daß solche sogar auch beim Eisen bestanden hätten. In Frankreich selbst aber seien sie uralte. Es sei auch nicht nöthig, daß die titres à caution sich gegen uns allein richteten. In Frankreich selbst gebe es zwei entgegengesetzte Parteien; jedenfalls werde eine Verletzung unserer Interessen nicht damit beabsichtigt. Die Art, wie hier für die Aufhebung gewirkt werde, sei auch insofern nicht praktisch, als damit wahrlich nicht die Partei unterstützt werde, welche in Frankreich für Beseitigung der Maßregel wirte. Unsere Gesetzgebung werde an diesen Dingen nichts ändern, aus demselben Grunde, weshalb die diplomatischen Verhandlungen zu nichts geführt hätten. Die gefürchteten Ausfuhrskontakte für das erste Vierteljahr 1877, in dem bekanntlich zuerst die Eisenzölle in Wegfall gekommen, seien überaus günstig für uns ausgefallen und beweisen nichts für die Freunde der Vorlage. Gas- und Wasserzölle seien die einzigen Artikel, die hier in Betracht kämen, während gewalztes und geschmiedetes Eisen aus Frankreich mit titres gar nicht nach Deutschland kämen. Wenn man Eisen-Vorkommen besonders als zu berücksichtigend hervorhebe, so möchte man vor Allem dazu beitragen, die Diplantenfrage in befriedigender Weise zu lösen. Dann aber weist er auf die Vorkrieger Eisenwerke hin, die erst im Jahre 1874 in voller Kenntniß unserer Gesetzgebung ein Konfession zu dem hohen Preis von 16 Millionen Francs erworben habe. Die Art, welche hier vorgeschlagen, sehe nicht im Verhältnis zur Krankheit. Deutschland habe mit großer Majorität die Eisenzölle beseitigt, und dieser kleine Mißstand, den man auch für eine Unbilligkeit ansehen möge, sei nicht darnach angethan, von dem Prinzip abzuweichen.

Der Redner ist ferner der Ansicht, daß Minister Delbrück ebenso wie die seither, nach seiner eigenen Erklärung diese Vorlage nicht gemacht haben würde. Um jeder solchen Auffassung zu begegnen, will er die Berathung in der Kommission nicht beantragen. Was den Nothstand betreffe, so verwahrt er sich gegen den Vorwurf des Indifferentismus gegen die Leiden seiner Mitbürger. Es sei aber ein arger Frechthum, anzunehmen, daß unsere Gesetzgebung, unsere Zollpolitik denselben hervorgerufen habe. Sei derselbe aber auch auf deutschem Boden gemacht? Ausgebrochen in Wien im Mai 1873, sei der Rückschlag darauf zunächst nicht etwa in Deutschland, sondern in Amerika — dem Eldorado der Schutz-Zöllner — erfolgt. Aber auch in England sei ein Nothstand der Eisen- und Kohlenindustrie vorhanden. Ebenlowenig günstig fänden diese Industriezweige in Belgien, wo doch die Ultramontanen die Kammer und die Regierung beherrschten. Diese Ueberflüssigkeit beweise, wie jede Begründung für die Behauptung fehle, daß unsere Zollgesetzgebung diese Uebelstände hervorgerufen habe. Natürlich habe die Krankheit ihre Ursache; sie liege darin, daß die Produktion so falsche Wege eingeschlagen und die Aktiengesellschaften so große Ausdehnung genommen hätten. Entbehren könnte man die Aktiengesellschaften nicht, aber eine Reform sei nöthig. Uebrigens sei auch die Massenhaftigkeit der Aktiengesellschaften nicht etwa auf das Prinzip unserer Gesetzgebung zurückzuführen, denn während bei uns 800 Aktiengesellschaften gegründet wurden, seien in Oesterreich, wo doch die Konzeption erforderlich, deren 1000 geschaffen. Der wirtschaftlichen Krankheit helfe man nicht mit allerhand Experimenten, sondern nur dadurch, daß man dem kranken Körper Ruhe gönne.

Präsident des Reichskanzler-Amtes Hofmann weist dem Abg. Windthorst gegenüber den Vorwurf zurück, daß die Haltung der Regierung in der Zollpolitik ein Schwanken sei. Wenn schon unter

seinem Vorgänger der französischen Regierung gesagt sei, im Falle sie die titres à caution nicht befestige, werde man eine Ausgleichungsabgabe einführen, so sei aus der gegenwärtigen Vorlage ein solcher Vorwurf doch nicht herzuleiten. Auch weist er auf eine bezügliche Erklärung des Ministers Delbrück hin. Daß die Vorlage von seinen Herren Kollegen vertreten sei, habe einfach ihren Grund in deren langer Erfahrung und Autorität, und weil sie dieselbe ebensmäßig im vorigen Jahre vertreten hätten. Die Regierung, sowie das preussische Staatsministerium und der Herr Reichskanzler selbst wären über die Vorlage vollständig einverstanden. Wenn der Abg. Windthorst von ihm auf Grund von Zeitungsnachrichten Auskunft über die Konzeptionen des Reichskanzlers verlange, so müsse er dem Abgeordneten überlassen, sich an die Redaktion der Zeitung zu wenden. Jener werde wohl selbst einsehen, daß er nicht in der Lage sei, darüber Auskunft zu geben. Aus den Reden des Herrn Reichskanzlers im Reichstage lenne man ja im Allgemeinen die wirtschaftlichen Anschauungen desselben, im Uebrigen müsse man abwarten, bis diese Pläne solche Gestalt angenommen, daß sie diskutierbar wären.

Finanzminister Camphausen bittet, daß Niemand sein Votum anders abgebe als aus sachlichen Gründen und ohne Rücksicht darauf, ob dieses Votum ihm, dem Minister gefalle. Delbrück gegenüber möge man nicht diejenigen herabsetzen, die ausgeharrt haben in der Laß und Mühe des Tages. Im Uebrigen wolle er Delbrück nicht in die Diskussion hineinziehen. Für die Vorlage übernehme er die Verantwortlichkeit ganz und allein für sich persönlich. Die Vorwürfe wegen der häufigen Änderungen in der Wirtschaftsgesetzgebung seien unbegründet. Die Unterstellung, daß die Regierung die Ausgleichsabgabe fortlassen lassen wolle, wenn die betreffenden Länder die Ausfuhrprämissen abschaffen, sei irrig. Das Gesetz könne jederzeit im Gesetzgebungswege wieder aufgehoben werden. Er gebe zu, daß es zweifelhaft sei, ob Frankreich die Requisit abschaffen werde.

Janusz will die Aufmerksamkeit des Hauses auf den Nothstand der lothringischen Eisenindustrie lenken und gibt eine ziffermäßige Darstellung ihrer Produktions- und Absatzverhältnisse seit dem Kriege. Um den Nothstand zu heben, verlangt er die Abänderung des Vereins-Zolltarifs im Sinne des Antrags Löwe.

U. r u h: Auch er sei der Ansicht, daß Frankreich die titres à caution nach Annahme der Vorlage beibehalten werde; wenn das aber geschehe, so sei die ganze Maßregel wirkungslos. Die Maßregel sei auch keine Folge der ausgleichenden Gerechtigkeit, denn sie treffe nicht allein Frankreich, sondern alle übrigen an Deutschland gränzenden Staaten und sei nicht geeignet, uns Alirite zu schaffen. Ein schweres Bedenken rufe auch der § 4 nach, welcher erwähne, durch kaiserliche Verordnung das Gesetz außer Kraft zu setzen. Dadurch werde die Ungewißheit verewigt. Er bitte, die Regierungsvorlage abzulehnen, desgleichen den Antrag Löwe, der so wenig wie die erstere dem Nothstande der Industrie abhelfen könne.

V r a d e (Socialist) sagt, er und seine Freunde wollten nicht gegen Schütz sein, wenn man andererseits ihre Anträge auf gewerblichem Gebiete acceptiren wolle. Die Vorlage lasse die Partei des Redners unberührt, sie halte dieselbe für irrelevant, es sei der Partei daher gleichgültig, ob die Vorlage angenommen oder abgelehnt werde.

Die Berathung wird hierauf geschlossen. Als Antragsteller erläutert v. K a r d o r f noch einmal den Antrag Löwe und empfiehlt denselben zur Annahme. Löwe zieht Johann seinen Gesetzentwurf zurück, befaßt sich jedoch vor, denselben in Form von Verbesserungsanträgen zur Regierungsvorlage bei zweiter Lesung wieder einzubringen. Das Haus beschließt, den Entwurf in zweiter und dritter Lesung im Plenum zu debattiren. Darauf wird die Sitzung auf Dienstag 10 Uhr vertagt. Tagesordnung: Zweite Berathung des Reichshaushalts-Etats und aller dazu gehörigen Gesetze.

Hamburg, 21. April. Bei dem Festmahle, welches der Senat von Hamburg in der Kunsthalle veranstaltete, hielt nach den Trinksprüchen der Bürgermeister Petersen und Kirchenpauer der Kronprinz folgende Ansprache:

Der überaus freundliche und warme Empfang, welcher Mir und der Kronprinzessin, Meiner Gemahlin, und Meinem Sohne von den Bürgern Hamburgs bereitet worden, hat Uns mit schäferen Freuden erfüllt. Ich ergreife die Gelegenheit, von dieser Stelle aus Unserem aufrichtigen Danke Ausdruck zu geben. Wohl darf Ich sagen, daß Wir unsrerseits Hamburg die Gesinnungen herzlicher Theilnahme und Sympathie entgegenbringen, auf welche diese alte und hochansehnliche freie und Hansestadt so wohlbegründete Ansprüche hat. Unvergessen wird es bleiben, wie Hamburg in den Tagen großer Entscheidung dem Vaterlande seine Treue bewiesen hat. Wie es 1813 bei der Erhebung des Volkes zu den Ersten gehörte, welche das Joch der Fremdherrschaft brachen, so stand es wiederum in vorderster Reihe, als es die lange ersehnte Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches zu bewirken galt. Eben so unbestritten gebührt dieser Stadt der Ruhm, die Stellung Deutschlands im Weltbunde an erster Stelle begründet zu haben. Ein fühner und glücklicher Vorkämpfer für deutschen Handel und Verkehr, hat Hamburg die deutsche Industrie in alle Theile der Welt getragen und eine kommerzielle Geltung und Bedeutsamkeit erlangt, mit welcher keine einzige Stadt des Vaterlandes und nur einige wenige Städte Europas sich zu messen vermögen. Und dieser mächtige Handelsplatz, auf den wir alle mit stolzer Genugthuung blicken, erstreckt sich eines trefflichen Gemeinwesens, eines Selbstregiments, dem es gelungen ist, sich durch eine Reihe von großartigen Einrichtungen von Handel und Schifffahrt wie auf dem weiten Gebiete öffentlicher Wohlfahrt auf das Gänzlichste zu bewahren. Ich trinke auf das Wohl dieser freien und Hansestadt, ihrer Bürgermeister, ihres Senates und ihrer Bürgerchaft mit dem innigen Wunsche, daß ihr wie dem ganzen Vaterlande in friedlicher Entwicklung eine glückliche Zukunft erblichen möge.

Wiesbaden, 23. Apr. Der Kaiser hat gestern den hier wohnenden Fürstlichen Besuch abgestattet und Abends der Theatervorstellung beigewohnt. Heute nahm Sr. Majestät die Vorträge des Civilkabinetts und des Vertreters des auswärtigen Amtes, v. B i l o w, entgegen; am Abend ist Besuch des Konzerts im Theater beabsichtigt, worauf Serenade und Beleuchtung des Schloßplatzes stattfinden wird.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 22. Apr. Von Seiten Englands ist eine solenne Erklärung der Mächte des Pariser Vertrags angelegt, daß sie, wenn auch der Krieg die vertragsmäßigen Rechte resp. Pflichten Rußlands und der Pforte gegen einander annullire, diesen Vertrag bezüglich der in denselben von Rußland und der Pforte den übrigen Mächten gegenüber

eingegangenen Verpflichtungen als voll zu Recht bestehend erachten müßten und sich der gewissenhaften Erfüllung derselben zuversichtlich versähen.

Wien, 23. Apr. Nach soeben hier eingetroffenen Nachrichten ist die russisch-persische Kooperation, trotzdem sie bisher abgelagert wurde, entschieden. Die russische Kaukasusarmee zieht gegen den Euphrat, um dort die persische Armee in sich aufzunehmen und dann gemeinsam mit ihr zu operiren. Der Kriegsschauplatz in Asien scheint also eine sehr hervorragende Rolle, vielleicht die Hauptrolle spielen zu sollen. Von einer Mission, von welcher die Blätter reden, des Erzherzogs Albrecht an den Kaiser Alexander nach Kischeneff ist hier nichts bekannt.

Italien.

Die „Nationalztg.“ schreibt: Von unserem römischen Spezialkorrespondenten gehen uns über eine Verschlimmerung des Gesundheitszustandes des Papstes Nachrichten zu, welche um so mehr Beachtung verdienen, als unser Korrespondent früheren allarmirenden Meldungen gegenüber große Zurückhaltung und Vorsicht an den Tag legte. Wie aus dem erwähnten Schreiben vom 18. d. — wir veröffentlichten dasselbe im Morgenblatte — hervorgeht, konstatierte der Leibarzt Pius' IX. anlässlich einer am 16. d. erfolgten Ohnmacht des Papstes, die sich nach einer Audienz einstellte, die ersten unerkennbaren Symptome der Herzbeutel-Wassersucht. Unser bewährter Korrespondent fügt hinzu, daß er diese Mittheilung aus der sichersten Quelle erhalten habe, so daß er sie auch dem in Aussicht stehenden Dementi gegenüber aufrecht zu erhalten vermöge. Obgleich es unmöglich ist, die Frist zu bestimmen, in welcher die Katastrophe erfolgen muß, darf doch für wahrscheinlich gelten, daß die körperliche Anstrengung bei dem schon in nächster Woche beginnenden und zwei Monate hindurch fortzuführenden Empfange anlässlich seines 50jährigen Bischofsjubiläums ein plötzliches Ende des Papstes herbeiführen könnte.

Frankreich.

Paris, 23. Apr. Selbst dem „Siecle“, der doch Hr. Jules Simon so nahe steht und in ihm seinen letzten Chefbedakteur verehrt, geht endlich die Geduld aus. Er schreibt:

Es liegt für Jedermann auf der Hand, daß die Haltung, welche die Regierung bis zur Stunde der kirchlichen Bewegung gegenüber beobachtet hat, unzureichend ist. Weder die Rathschläge noch die patriotischen Ermahnungen, weder die Berwerbungen der Präfecten bei den Bischöfen, noch die mehr oder minder vertraulichen Zuschriften des Siegelbewahrsers haben der schon lange vorbereiteten und mit finanziellen Mitteln unterhaltenen Gährung Einhalt zu thun vermocht. Hr. Martel schreibt, Hr. Freppel antwortet und man hat gesehen, welches von beiden Schreiben das schärfere ist. Der Minister mahnt den Bischof an seine Pflicht; der Bischof seinerseits läßt es sich nicht nehmen, dem Minister und der ganzen Regierung eine richtigere Beurtheilung ihrer Rolle und ihrer geschichtlichen und christlichen Sendung nahe zu legen. Wenn Hr. Martel dem Hr. Freppel antwortet, so kann das Zwiegespräch auf diese Weise noch durch einige Jahre fortgesetzt werden. Der Erzbischof von Tours schließt sich heute seinen Amtsbrüdern von Cambrai, Arras, Reims an, indem er die Priester und Gläubigen seines Sprengels auffordert, jene Petitionen zu unterzeichnen, von denen nach gestern einige Blätter veröffentlicht, daß sie nicht mehr zurückzuziehen dürfen. Dann sind es wieder die katholischen Organe, die mit den Herren Bischöfen wetzeln und sich kirchliche Gebarden als der Pops. Der „Univers“ fällt seine Spalten mit feurigen Zitaten, welche die innere Ruhe eben so sehr gefährden, wie den Frieden mit dem Anstande, und dieses zügellose Treiben dauert nun schon zehn Tage! Das beweist zur Genüge, daß die Regierung nicht so angetreten ist, wie die Umstände es erfordert hätten, aber sie wird, wie wir nicht bezweifeln wollen, das Besäumte noch nachholen.

Wir helfen die Thorheiten der katholischen Provinzialblätter mit den verwegenen Streichen der Bischöfe nicht auf die gleiche Stufe. Die Zeitungen sprechen nur in ihrem eigenen Namen, sie sind frei und wir wünschen, daß sie es bleiben. Wir appelliren nicht einmal an ihre Vorsicht und an ihre Vaterlandsliebe; wenn sie wirklich überzeugt sind, daß Frankreich, wie sie sagen nur durch den Pops und mit dem Pops gerettet werden kann und daß seine Macht von der weltlichen Macht der Kirche ungetrennt ist, wenn dieser Glaube, dieses Dogma wirklich in ihrem Geiste und Herzen lebt, so haben wir ihnen weiter nichts vorzuhalten, als daß sie von einem unheilbaren physischen oder pathologischen Uebel befallen sind, und werden sie demgemäß als Kranke behandeln. Dagegen befinden sich die Bischöfe in einer von jener der Presse wesentlich verschiedenen Lage, und es sind der Unabhängigkeit ihrer Gesinnung und ihrer Urtheile sehr bestimmte Grenzen gezogen. Sie sind Glieder einer Staatskirche, auf ihnen ruht ein Theil der auf den Staat entfallenden Verantwortung; sie haben einerseits als Unterthanen Pflichten gegen den Staat und andererseits als Träger eines gewissen Theils der öffentlichen Autorität Pflichten gegen das Publikum. Den Bischöfen steht daher kein Recht zu, eine besondere Politik zu haben, persönliche Ansichten zur Geltung zu bringen, gegen die bestehende Regierung und die allgemeine Politik derselben offene Opposition zu machen. Die Bischöfe mögen den Himmel und den Pops anrufen, aber noch sind sie ein Bestandteil des Staates, noch nehmen sie in der Republik einen offiziellen Platz ein und müssen sich da ruhig und ehrerbietig verhalten; sobald sie ihren Platz verlassen, sind sie nur noch aufwieglerische Glieder des Staates. Diese große Aufregung in der Dohnmacht beweist, daß die kirchlichen die Sache so gut als für verloren halten und entschlossen sind, das Aeußerste daran zu wagen. Das geht sie allein an, aber die Regierung muß darauf bedacht sein, einem so wilden Spiel Einhalt zu gebieten. Die Kammern werden demnächst wieder zusammentreten und dann wird es gut sein, wenn die Regierung in der Lage ist, zu sagen, was sie gethan hat, um den kirchlichen Unvorsichtigkeiten ein Ziel zu setzen, und was für Resultate sie erzielt hat. Uebrigens sind wir überzeugt, daß es ihr mit einiger Energie ein Leichtes wäre, die Oberhand über diese ganze kirchliche Bewegung zu gewinnen. Nur Eines ist schwer: zu wollen, klar und deutlich zu wollen. Sollte aber das Wollen so schwer fallen, wo man das Können in der Hand hat? Das offiziöse „Echo universel“ erklärt, daß das Ministerium gern bereit ist, einer Interpellation über seine

Politik der kirchlichen Partei gegenüber Rede zu stehen.

In Konstantine (Algerien) wurde gestern definitiv der gambettistische Kandidat, Hr. Thomson, Mitarbeiter der „Republique française“, mit 2950 Stimmen zum Abgeordneten gewählt. Von seinen Mitbewerbern erzielte ein anderer fortgeschrittener Republikaner, Hr. Treille, 2325 und der Kandidat der Intransigenten, Hr. Fawtier, 2491 Stimmen.

Fürst Drloff hat, wie der „Temps“ meldet, die Zirkulardepeche des Fürsten Gortschakoff heute Mittag um ein Uhr (?) erhalten und um zwei Uhr dem Herzog Decazes mitgetheilt. Die Kriegserklärung Rußlands an die Türkei wird von morgen, den 24. April datirt sein. Der Uebergang über den Pruth bleibt einem Petersburger Telegramm der „France“ zufolge auf den 29., den Geburtstag des Czaren, angelegt.

Der Marschall Mac Mahon soll heute die Begnadigung des Mörders Vilcoir zu lebenslänglicher Zwangsarbeit unterzeichnet haben.

Die Herzogin von Edinburgh ist heute früh von Nizza hier eingetroffen; sie wurde auf dem Lyon-Bahnhofe von den Besitzern Englands und Rußlands empfangen.

In einem Restaurant der Vorstadt La Chapelle fand gestern das Jahresbankett des Schweizer Hilfsvereins statt. Gegen dreihundert Personen nahmen an demselben Theil; der Schweizer Gesandte, Dr. Kern, brachte einen herzlichen Toast auf die französische Republik und den Marschall Mac Mahon aus; er gab in seiner Rede der Hoffnung Ausdruck, daß der Handelsvertrag zwischen Frankreich und der Schweiz in fortschrittlichem Sinne erneuert werden werde. Andere Tischreden wurden von dem Präsidenten des Vereins, Herrn Chenovard-Chappuis und dem Gesandtschaftsrath Lardy gehalten.

CL. Paris, 23. Apr. (Börsenachricht.) Seit vierundzwanzig Stunden sind auch die letzten friedlichen Seifenblasen rettungslos geplatzt. Der russische Geschäftsträger verläßt heute Konstantinopel, die Kriegserklärung steht vor der Thür und gleichzeitig erfährt man von einer türkischen Zirkularnote, in welcher die Pforte den Pariser Vertrag und die Konvention vom 19. Aug. 1858 aufrecht, um Rumänien, nöthigenfalls mit Gewalt, zur Beobachtung einer strengen Neutralität anzuhalten. Als Antwort darauf ist ohne Zweifel der offizielle Abfall der Donauuferstaaten von der Türkei zu gewärtigen. Auch war die heutige Börse eine der schmerzhaftesten dieses schwer geprüften Monats. Consofs wurden von London 1/2, und in der zweiten Depesche nochmals 1/8 schwächer gemeldet und auch hier griff, obgleich das Comptantgeschäft nach Kräften Widerstand leistete und die General-einnahme 58,000 Fr. 3proz. und 74,000 Fr. 5proz. Rente lauffestvollständige Muthlosigkeit plag. Schluß sehr matt: 5proz. Rente 103.50, 3proz. 67.02, Italiener 65.30 mit je einem Frank Baife und darüber, österr. Goldrente 53 1/2, Türken 8.20, Ägypter 158, spanische Creditrente 10 1/2, Banque ottomane 320, Banque de Paris 305, Foncier 570, Mobilier 127, spanischer Mobilier 412, Suezactien 595, österr. Bodentredit 455, dto. Staatsbahn 417, Lombarden 147.

Rußland.

Der „Polit. Korr.“ zufolge sind mit dem Kaiser auch der Kriegsminister Milutin und der Staatssekretär Hamburg nach Kischinev abgereist. Der Generalstab der Kaiserarmee ist gestern nach Ungueni und Skaleni abgegangen, wo das Gros der Artillerie und große Infanteriemassen konzentriert sind. Ein großer Theil davon soll durch 18 Trains täglich von Ungueni bis Maraschsch, von da auf ganz prakticablem Heerstraßen nach Jochani, Kinnit und Duzen befördert werden, gleichzeitig dürfte das Hauptquartier nach Duzen, später nach Plojeschi verlegt werden. Am 23. soll der Gar bei Ungueni über die zum Einmarsch in Rumänien bereitstehenden Corps Herbschau abhalten. Sadhl Pascha hat von Konstantinopel Befehle erhalten, alle Anstalten für den Fall einer ersten Bedrohung von Pustschu zu treffen und den Provinzialregierungen Sitz des Donauvilajets nach Schumla zu verlegen.

Zu den Gründen, welche für einen Winterfeldzug Rußlands gegen die Türkei sprachen, wurde neben der geringeren Gefahr, eine Suche im Heere fürchten zu müssen, auch das geltend gemacht, daß beim Schluß der Schifffahrt durch Eis die russischen Nisse-Häfen nicht blockirt werden könnten. Dieser Gesichtspunkt trat jedoch in den Hintergrund und es ist während des Winters Kronstadt in einen noch besseren Verteidigungszustand als zur Zeit des Krim-Feldzuges gebracht worden, in welchem Lord Napier nicht wagte, Kronstadt anzugreifen. Schon damals wandte die russische Verteidigung auch Torpedos an und, um auf alle Fälle gerüstet zu sein, hält man auch im bevorstehenden Kriege den getroffenen russischen Verteidigungsmaßregeln gegenüber Kronstadt von der Seeseite aus für unheimlich. Weittragende Geschütze aus der krupp'schen Fabrik würden bei einer unvorsichtigen Annäherung auch die stärksten Panzer durchbohren. Landungstruppen würden die Engländer bei einer Theilnahme am Kriege besser bei Konstantinopel gegen die Russen verwenden, falls die russische Armee den Balkan überschreiten wird.

Türkei.

Konstantinopel, 17. Apr. Die türkische Flotte wird ihre Thätigkeit hauptsächlich auf das Schwarze Meer beschränkt. Die Dardanellen sind nach dem Urtheile der Generale Blum und Wendt, welche dieselben kürzlich besichtigten, derart befestigt, daß eine Gefahr von dieser Seite kaum zu befürchten ist. Das Geschwader im Schwarzen Meer besteht im Ganzen aus 15 großen Kriegsschiffen, darunter 9 Panzerschiffe, und steht unter dem Befehle des Admirals Hobart Pascha. Verwichenen Samstag gingen 4 Panzerfregatten und 2 gepanzerte Kanonenboote unter Mustapha Pascha nach Sulina ab. Es sollen demnächst die russischen Häfen blockirt werden. Die Amerikaner, die am Bosphorus eine große Rolle spielen möchten, haben die Pforte um die Erlaubniß gebeten, ihr Mittelmeer-Geschwader, das aus den Schiffen „Vandalia“, „Gettysburg“, „Marian“ und Trenton besteht, zur Sicherstellung amerikanischer Interessen in den Bosphorus einlaufen zu lassen. Die Pforte

hat diesem Verlangen großmüthig entsprochen und bald wird die Flotte hier auf der Rheide schaukeln. Leider sind die vier Schiffe so unbedeutend, daß sie wohl schwerlich den beabsichtigten Zweck werden vertreten können; eines derselben ist dazu in einem so gebrechlichen Zustande, daß es kaum mehr die Rückreise nach Amerika wagen kann. Die englische Flotte soll wiederum den Befehl erhalten haben, sich in der Biskaya vor Anker zu legen, um für alle Fälle in der Nähe zu sein.

Konstantinopel, 22. Apr. (Telegramme der „Daily News“.) Die Polizei hat Befehl gegeben, daß alle Moslems sich regelmäßig in die Moscheen zu begeben und die Frauen das alttürkische Gewand zu tragen haben.

Nachrichten aus Erzerum melden das Vorrücken des russischen Heeres bis zur türkischen Grenze. Der Beginn der Feindseligkeiten wird indessen erst am Anfang des Monats Mai erwartet, das Kriegsmantel erst nach der Rückkehr des Czaren. — Große Besorgnis wird wegen Rumänien gehegt.

Dem „Daily Telegraph“ wird über die Unterredung Mr. Layard's, des interimistischen britischen Botschafters, mit Safer Pascha ausführlicher vom 21. April berichtet:

„Mr. Layard erinnerte an die Thatsache, daß bisher noch Niemand angemessen für die Theilnahme an den bulgarischen Missethaten bestraft worden sei; er nahm Bezug auf die Ungerechtigkeit der Ungültigmachung der auswärtigen Schuld und verurtheilte sowohl die Falschung der Antwort der Pforte auf das Protokoll als unnötig beleidigend und übertrieben, wie auch die Art und Weise, in welcher die Türkei ihren Entschluß mitgetheilt habe. Er warnte die Pforte, daß diese und andere Handlungen ihr die Sympathien Englands abwendig gemacht und dessen Unterstützung unwahrscheinlich, wenn nicht unmöglich gemacht hätte. Er empfahl nochmals, zu friedlichen Auerbieten Zukunft zu nehmen, indem er das Unheil darlegte, welches wahrscheinlich aus einem Kriege entstehen würde.“

Ferner wird mitgetheilt, daß der englische Vizekonsul Wrench, welcher das Innere von Bulgarien besucht habe, dort Anzeichen von Mißstimmung vorgefunden, welche auf die Möglichkeit eines neuen Aufstandes schließen lassen.

Eine Depesche vom 22. April lautet: „Der Sultan, obgleich noch immer auf Frieden hoffend, hat sich heute endgiltig entschlossen, zur Donau abzugehen und für den Fall des Krieges den Oberbefehl zu übernehmen.“

* **Rußland, 22. Apr.** Der russische Konsul geht ab, sobald der Befehl eintrifft. Russische Unterthanen verbleiben unter deutschem Schutze. Aus Nowoselso bei Salve und in anderen Dörfern werden Unruhen gemeldet. Der englische Konsul Mr. Keade, zieht Erkundigungen ein. — 18 Geschäfte sind in Gurgewo angekommen. — Heute war ein Sturm und der Widdiner Dampfer, mit Ägyptern an Bord, hat Schaden erlitten. — Hobart Pascha wird das Donau-Geschwader befehligt. — Prinz Karl, vom Kriegsminister und einigen russischen Offizieren begleitet, kam am Donnerstag Abend in Gurgewo an. Starke Abtheilungen türkischer Truppen aus Widdin werden hier aufgeleget.

Ägypten.

Der lange in abessinischer Kriegsgefangenschaft festgehaltene Oberst Mitchell ist von Kassa freigegeben worden und in jämmerlichem Zustande in Massowah angekommen.

Amerika.

Der „Times“ wird aus Philadelphia vom 21. April telegraphirt: „20 türkische Offiziere kamen am Samstag in New-York an, um in amerikanischen Waffenfabriken die Methode der Waffenfabrikation zu lernen.“

Badische Chronik.

Karlsruhe, 24. Apr. Wie wir soeben in Erfahrung bringen, hat die Generaldirektion der Groß- und Staats-Eisenbahnen die aus Anlaß der Feier des 25jährigen Regierungsjubiläums Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs eingeräumte Fahrpreis-Ermäßigung dahin ausgedehnt, daß die schon am 27. April gelösten Billete zur einfachen Fahrt nach Karlsruhe vom 29. an innerwärts der für Retourbillete bestehenden Gültigkeitsdauer zur Rückfahrt berechtigen. Bekanntlich war diese Vergünstigung ursprünglich nur für die am 28. und 29. April gelösten einfachen Billete nach Karlsruhe gewährt.

Groß. Hoftheater.

— k. **Karlsruhe, 23. Apr.** Die nach französischem Modejournal gütlich behandelte und perlengeschmückte „Martha“ fand letzten Sonntag sehr viele Bewunderer. Weniger konnte man das von der wackeligen Martha des Abends, Fräulein Nichte vom Stadttheater in Würzburg, behaupten. Die Dame, eine schlanke, einnehmende Erscheinung, verfügt über eine klangvolle hohe Sopranstimme, der jedoch eine vollgenügende Schale abgeht. Mit Glück suchte Frä. Nichte darstellerisch in den verlockenden Momenten ausgelassener Heiterkeit die Dame hohen Standes festzuhalten und führte auch musikalisch ihre Aufgabe wie eine Sängerin durch, der die weitbedeutenden Breiten zum heimischen Boden geworden; doch konnte die bewiesene Routine nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihrem Gesang jener Zauber scheinbar leichtester Beherrschung aller Schwierigkeiten, kräftigster Klarheit aller noch so gewundenen Configurationen gebrach, den nur vollendete Schulung verleiht. Einzelheiten gelangen trefflich und bekundeten das musikalische Geschick der Dame, aber die ganze Gesangsweise hängt zu sehr am Manierierten, Geflüsterten und als Nahrung „für's Herz“ bieten nur wenige Prosamen übrig. Zur Gewöhnung an tremolierende Stimmen bot auch dieser Abend hinreichende Gelegenheit und arbeiteten sich nach dieser Richtung Frä. Nichte und Frä. Steinbach in die Hände (nur scheint der Fehler bei Ersterer organisch zu sein, bei der Letzteren von unruhiger Athemführung herzurühren); ob die sich häufig bemerkbar machende unreine Intonation des Frä. Nichte gewohnheitsmäßig oder nur zufällig, weil sie weder mit dem Orchester noch mit dem Theaterorchester vertraut war, wagen wir nicht zu entscheiden. Zu weit gegangen wäre es, alle Sänginnen des Koloratur- und Sonettensachs mit den Augen eines Bianchi-Entenstafeln beurtheilen zu wollen; derartige strafende Erscheinungen tauchen nur zuweilen, wie ein Komet auf, und verschwinden häufig so plötzlich wie dieser, ohne

daß der beste Astronom sein Wieder- oder Nicht-Wiedererscheinen ohne Weiteres voraussagen könnte.

Recht gut fand sich Frä. Steinbach in die Rolle der schelmischen Nancy; die Leistungen der übrigen Mitwirkenden haben schon früher Stoff zur Besprechung geliefert. Die Aufführung der Martha bewegte sich theilweise in gar unheimlichem Fahrwasser, und war Frä. Rosenbergs nicht der Einzige, dem das Steueruder bedenklich in der Hand zitterte und schwankte. Möge Martha die weiße Lehere daraus entnehmen, daß selbst natürliche Reize nicht davon befreien, der Toilette sorgsam zu walten, ehe man sich in „große Gesellschaft“ begibt.

Vermischte Nachrichten.

H (Vierausfuhr von Bayern im Jahre 1876.) Die Vierausfuhr hat im Jahre 1876 abgenommen, und zwar um 15,921 Hektoliter gegen das Vorjahr bei jenen Sendungen, wobei der Mostausschlag rückgängig wird; die Ausfuhr ohne Anspruch auf Rückvergütung hob sich dagegen um 2218 Hektoliter. Aus dem rechtsrheinischen Bayern wurden ausgeführt mit Anspruch auf Rückvergütung des Mostauschlags 502,254 Hektoliter, und zwar 403,834 Hekt. nach den norddeutschen Staaten, 56,007 H. in das Zollvereins-Ausland und 42,413 H. nach Baden, Württemberg, Elsaß-Lothringen. Die größte Ausfuhr hatte der Hauptzollamts-Bezirk Nürnberg: 276,275 Hektoliter, wovon 225,558 H. allein nach Norddeutschland gingen; dann folgt Bayern mit 127,867 H., welches Quantum fast ganz nach den norddeutschen Staaten exportirt wurde, München mit nur 33,687 H., wovon 14,999 H. in das Zollvereins-Ausland, 12,634 H. nach Baden, Württemberg etc. und 6075 H. nach Norddeutschland gingen. Hof mit 24,214 H., Würzburg mit 22,876, Augsburg 7585 H. u. s. w. Ohne Anspruch auf Rückvergütung des Mostauschlags wurden 5893 H. ausgeführt die größtentheils in Floschen in das Zollvereins-Ausland gingen. Aus der Pfalz wurden ausgeführt vom Bezirk Kaiserslautern 15,827 H., wovon 14,242 H. nach Baden, Württemberg, Elsaß-Lothringen und 1396 H. nach den nördlichen Vereinsstaaten gingen; aus Ludwigshafen 7375 H., wovon 4974 nach Baden etc. und 2023 H. nach Norddeutschland gelangt wurden.

(Vierausfuhr in Bayern im Jahre 1876.) A. Aus den Vereinsstaaten wurden eingeführt (versteuerte Quantitäten) 14,957 Hekt., wovon allein auf den Bezirk Remmingen 6883 H. und auf Würzburg 5919 treffen. Die Einfuhren nach den übrigen Bezirken sind unbedeutend. Uebergangsteuerfrei wurden eingeführt nach Kaiserslautern 5567 H. und nach Ludwigshafen 757 H., so daß die Gesamteinfuhr nur 21,293 H. beträgt, um 967 H. mehr als im Jahre 1875. B. Aus dem Vereins-Auslande mit Zollentrichtung wurden eingeführt im ganzen Königreich 75,933 Ztr. (hier in einfachen Gebinden 2451 Pfd. = 1 Hekt.), um 3441 Ztr. oder 1402 G. mehr als im Jahre 1875. Bei weitem der größte Theil wurde aus Oesterreich eingeführt, nämlich 15,823 Ztr., wovon auf München 3578 Ztr., Freilassing 3278 Ztr., Schweinfurt 2974 Ztr., Regensburg 2867 Ztr., Hof 2021 Ztr., Nürnberg 405 Ztr. treffen. In die Pfalz, nämlich nach Ludwigshafen, wurden 8 Ztr. eingeführt, hiervon 7 Ztr. aus Oesterreich.

Paris, 23. Apr. Die Gräfin Frébois, eine Dame deutscher Herkunft, deren Solos unter dem Kaiserreich ein Mittelpunkt der eleganten Welt von Paris waren, hat sich gestern in ihrem in der Avenue de la Grande Armée gelegenen Hotel mit einem Revolver erschossen. Seit mehreren Jahren verwitwet, war die erst 35-jährige Gräfin im Begriff, zu einer zweiten Ehe zu schreiten. Vorgesetzt empfing sie nun von ihrem Bräutigam einen Brief, demzufolge dieses Projekt einen Aufschub erliden sollte; sie erwiderte darin eine verhöllte Absage, eilte nach ihrem Schlafzimmer, ergriff einen geladenen Revolver und drückte denselben gegen ihre Stirn ab. Die auf den Schuß herbeigeeilte Dienerschaft fand nur noch eine Leiche.

— **Mißbrauch mit Briefmarken.** In den Vereinigten Staaten ist das Wachsen von Briefmarken und in Folge dessen deren Wiederverwendung zu einer wahren Industrie geworden, welche die Staatseinkünfte sehr schädigt. Kinder läubigen öffentlich an, daß sie Marken sammeln seien, und baten um Marken — aber das war nur Maske, denn die Marken wurden chemisch behandelt und wieder vollkommen brauchbar hergestellt. Manche brachten über eine Million Marken durch Sammeln zu Stande und gewannen so ein Vermögen. Selbst das Präferat, das bei den Emmissionen von 1861, 1869 und 1870 durch die Confrirung der Marken geschaffen wurde, eine Art von Puntation, die die Falschheit des Papiers brach, um dem Fälscher das Ein- und Durchbringen in die Marke zu erleichtern, half da wenig, da die Zitronensäure selbst solche tief eingedrungene Stempelfarbe abwasch. Die Regierung hat vergebens nach Gegenmitteln gesucht. Eines der neuesten besteht nun darin, die Marken mit einem Farbstoff zu drucken, welcher zwar der Trockenheit und der Hitze und der Kälte, aber nicht der Hitze widersteht. Die chemischen Salze, welche diesem Erpsparnis nachkommen, sind Zinksalz für Scharlachrot, rother Arsenit für Dunkelrot, Kupferoxyd für Gelb, Jodid von Quecksilber, einige farbige Cyanmetalle und salzsaure Salzverbindungen.

Nachricht.

† **Brüssel, 23. Apr.** Abends. Der „Indépendance Belge“ wird aus Paris von heute gemeldet: Fürst Dloff erhielt Nachmittags das russische Rundschreiben und begab sich sofort zum Herzog Decazes, ihm dasselbe mitzutheilen. Die russische Kriegserklärung würde morgen erfolgen.

† **Rom, 23. Apr.** Auf die Interpellation Visconti Venosta's über die orientalische Politik der Regierung erklärte Minister Melegari: Italien war durch seine inneren und äußeren Verhältnisse eine friedliche, auf Achtung der Interessen und Rechte anderer Staaten gerichtete diplomatische Aktion vorgezeichnet, um die Verträge betreffs der Integrität der Türkei aufrecht zu erhalten und sich den übrigen Mächten in dem Bestreben, den Krieg zu vermeiden, anzuschließen. Italien befolgte streng diese Politik und unterhielt mit allen Mächten Freundschaft, die im Interesse der Montenegro, Griechen, Bulgarien und Bosnier sein Möglichstes und werde die bereits von den früheren Kabinetten verfolgte friedliche und unabhängige Politik fortführen, so lange nicht die Ehre oder das Lebensinteresse des Landes eine Aenderung derselben erheische. Visconti Venosta erklärte sich für befriedigt, Petrucci sprach sich in gegenseitigem Sinne aus und bean-

tragte, die Regierung aufzufordern, sich an die 1866 und 1867 proklamirten Prinzipien zu halten. Der Ministerpräsident erklärte: Dieser Antrag implicire ein Mißtrauensvotum, Italien werde seiner Friedensmission treu bleiben, das Ministerium werde die Ereignisse wachsam verfolgen und nöthigenfalls die Unterstüzung der Kammer ansuchen.

† **St. Petersburg, 23. Apr.** Das Manifest des Kaisers wird im „Journal de St. Petersburg“ veröffentlicht. Dasselbe gipfelt in der Erklärung, daß nach der Verwerfung des Protokolls und in Folge der hartnäckigen Weigerung der Pforte, auf die berechtigten Forderungen Europa's einzugehen, für Rußland der Augenblick selbständigen Handelns eingetreten sei.

† **St. Petersburg, 23. Apr.** Die Korrespondenz der „Agence Russe“ bespricht die Nachrichten, welche von einer bevorstehenden Sendung Seitens der Pforte nach Kischeneff wissen wollen, und bemerkt dazu: die hieran zu knüpfenden Erwartungen könnten sich nicht erfüllen. Es seien allerdings in Konstantinopel verartige Anstrengungen gemacht worden, aber die Pforte vermöchte angesichts des Votums der Kammer nichts Ernsthaftes zu bieten. Courtoisie genüge in der gegenwärtigen Situation nicht. Rußland könne sich zu keiner Komödie hergeben. Der alleinige Zweck der türkischen Regierung sei, indem sie die verhöllische Spiele, auf Rußland die Verantwortlichkeit für den Krieg zurückzuwerfen, und vielleicht Rußland die obidie Absicht auf Territoralerwerb zuzuschreiben, während Rußland nur reelle Garantien für die christlichen Unterthanen der Pforte gefordert habe, welche Seitens der Pforte verweigert würden.

† **Kischeneff, 23. Apr.** Bei der Revue über einzelne Truppentheile des achten Armeecorps hielt der Kaiser folgende Ansprache: Es thut mir leid, Euch in den Kampf schicken zu müssen. Ich habe so lange als möglich gewartet; nun ist aber Rußlands Ehre angegriffen und wir Alle werden dieselbe wahren und verteidigen.

† **Kischeneff, 23. Apr.** Nachts. Der Kaiser, begleitet von dem Großfürsten-Thronfolger, den Großfürsten Nikolaus Vater und Sohn und den Ministern Graf Adlerberg, Milutin und Poffiet, setzte die Besichtigung der Truppen bis nach Ungarn hin fort, wurde von denselben enthusiastisch begrüßt und war von ihrer Haltung sehr befriedigt. Um Mitternacht erfolgte die Rückkehr nach Kischeneff.

Franfurter Kurzzettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 24. April, die übrigen vom 23. April.)

Staatspapiere.	
Breihen 4 1/2 % Oblig. Ztr. 104 1/2	Geserr. 5 % Papierrente
Baden 5 % „ „ fl. 103 1/2	„ „ „ „ 48 1/2
„ 4 1/2 % „ „ Ztr. 100 1/2	Euren- 4 1/2 % Obl. i. Pr. à 28 fr. 94 1/2
„ 4 % „ „ „ fl. 94 1/2	burg 4 1/2 % „ „ i. Zbl. à 105 fr. 94 1/2
„ 3 1/2 % „ „ „ fl. 95	Rußland 5 % Oblig. v. 1870
Bayern 4 1/2 % Obligat. fl. 100 1/2	„ „ „ „ v. 1870
„ 4 % „ „ „ fl. 100 1/2	„ „ „ „ v. 1870
Württemberg 5 % Obligat. fl. —	„ „ „ „ v. 1871
„ 4 1/2 % „ „ „ fl. 100 1/2	„ „ „ „ v. 1871
„ 4 % „ „ „ „ fl. 100 1/2	Schweden 4 1/2 % do. i. Ztr.
Nassau 4 % Obligationen fl. 94 1/2	„ „ „ „ v. Bern 98
Gr. Hessen 4 1/2 Obligat. fl. 96 1/2	„ „ „ „ v. Bern 98
Geserr. 5 % Silberrente	„ „ „ „ v. Bern 98
„ „ „ „ 48 1/2	„ „ „ „ v. Bern 98

Aktien und Prioritäten.	
Preuss. Bank 153 1/2	5 % Donau-Drau 45 1/2
Badische Bank 101	5 % Franz-Josef-Prior. 67 1/2
Deutsche Vereinsbank 66 1/2	5 % Kronpr. v. Rudolf-Prior. —
Darmstädter Bank 91	„ „ „ „ v. 1876 58
Geserr. Nationalbank 597	5 % Kronpr. v. Br. v. 1869 55 1/2
Geserr. Kredit-Aktien 105	5 % öst. Ardweiss.-P. i. S. 68 1/2
Preussische Kreditbank 81 1/2	„ „ „ „ Lit. B. —
Deutsche Effektenbank 102 1/2	5 % Vorarlberger 50
4 1/2 % Pfälz. Bahnbahn 60 fl.	5 % Ungar. Ndb.-Prior. i. S. 45
4 % Sen. Ludwigsbahn 250 fl. 85 1/2	5 % Ungar. Nordost-Prior. 47
5 % öst. Erz. Staatsbahn 165 1/2	5 % Ungar. Galiz. —
5 % „ „ „ „ 55 1/2	5 % Ungar. Galiz. —
5 % „ „ „ „ 88	5 % Ungar. Galiz. —
5 % „ „ „ „ 129	5 % öst. Süd-Lomb. P. i. S. 73 1/2
5 % „ „ „ „ 86	5 % öst. Süd-Lomb. P. i. S. 73 1/2
5 % „ „ „ „ 152	5 % öst. Staatsb.-P. —
5 % „ „ „ „ 49 1/2	5 % öst. Staatsb.-P. —
5 % „ „ „ „ 74 1/2	5 % Rheinische Hypothekendarb.-P. v. 1864 40 1/2
5 % „ „ „ „ 71 1/2	5 % Rheinische Hypothekendarb.-P. v. 1864 40 1/2
5 % „ „ „ „ 70	5 % Rheinische Hypothekendarb.-P. v. 1864 40 1/2
5 % „ „ „ „ 59 1/2	5 % Rheinische Hypothekendarb.-P. v. 1864 40 1/2
5 % „ „ „ „ 63 1/2	5 % Rheinische Hypothekendarb.-P. v. 1864 40 1/2

Anleihenloose und Prämienanleihe.	
3 1/2 % Preuss. Präm. 100 Ztr. —	Deut. 4 1/2 % 250 fl. Loose v. 1854 87 1/2
5 % „ „ „ „ 100 Ztr. —	„ „ „ „ v. 1860 90 1/2
5 % „ „ „ „ 100 Ztr. —	„ „ „ „ v. 1864 241 —
Bayr. 4 % Prämien-Anl. 103 1/2	„ „ „ „ v. 1864 241 —
Badische 4 % „ „ 117 1/2	„ „ „ „ v. 1864 241 —
3 1/2 % „ „ 133.60	„ „ „ „ v. 1864 241 —
Braunschw. 20-Ztr. Loose 83.80	„ „ „ „ v. 1864 241 —
Großh. Hessische 25-fl. Loose —	„ „ „ „ v. 1864 241 —
Russisch-Gungenhaufl. Loose 24.80	„ „ „ „ v. 1864 241 —

Wechselkurse, Gold und Silber.	
London 10 Pfd. St. 2 1/2 % 204.50	Ducaten „ „ „ 9.53 — 58
Paris 100 Francs. 2 1/2 % 81.40	20-Francs-St. „ „ „ 16.26 — 30
Wien 100 fl. öst. W. 4 1/2 % 154.30	Engl. Sovereigns „ „ „ 20.35 — 40
Disconto „ „ „ „ 4 1/2 %	Russische Imperial „ „ „ 16.73 — 70
Holländ. 10 fl. St. „ „ 16.65	Dollars in Gold „ „ „ 4.17 — 20

Leipzig: besser.

Berliner Börse, 24. April. Kreditaktien 209.50, Staatsbahn 332. —, Lombarden 113.50, Disc. Commanbit 93.20, Reichsbank 154. —, Tendenz: matt.

Wiener Börse, 24. April. Kreditaktien 134.80, Lombarden 71.20, Staatsbahn —, Anglobank 62.50, Unionbank —, Raposonbank 10.47, Tendenz: matt.

New-York, 24. April. Gold (Schlußkurs) 107 1/2.

Weitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite 11.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Goll in Karlsruhe.

